



Der Kampf der Nagetiere

Medien und Politik in Lateinamerika

OMAR RINCÓN
April 2013

- In nahezu allen Ländern Lateinamerikas beherrschen Monopole oder Oligopole die öffentliche Meinungsbildung und beeinflussen mehr oder weniger direkt die politischen Prozesse.
- Während die Regierungen der »neuen Linken« eher die Konfrontation mit den Medienunternehmen suchen, setzen die konservativen Regierungen anderer Länder auf Anpassung und Kooptation. Presse- und Meinungsfreiheit sowie die journalistische Qualität der Berichterstattung leiden in beiden Fällen.
- Der politische Einsatz neuer Medien und sozialer Netzwerke insbesondere im Rahmen jugendlicher Protestkulturen bildet ein wachsendes Gegengewicht zu den kommerziellen Massenmedien. Eine umfassende Demokratisierung der Medienlandschaft steht jedoch noch aus.

Im Zentrum der politischen Debatte in Lateinamerika steht heute die Frage nach der jeweiligen Rolle von Staat und Markt. Während die Einen den Primat der Politik auf allen Ebenen und damit einen starken Staat fordern, beharren Andere auf dem Leitbild der freien Marktwirtschaft. Auch in der Medienpolitik und -gesetzgebung der letzten Jahre spiegelt sich dieses Spannungsverhältnis wider: Regierungen und Medien haben die »Informationsfreiheit« in ein Schlachtfeld verwandelt. Im Ergebnis stehen ein Journalismus von geringer Qualität und Regierungen ohne Respekt vor der Meinungsfreiheit. Was Lateinamerika heute braucht, ist eine Medien-gesetzgebung, die die Informationsfreiheit sichert, die Qualität der Demokratie verbessert und den Anforderungen der technologischen Entwicklung und der Bürger im 21. Jahrhundert gerecht wird.

Dass Regierungen nicht gut auf die privaten Medien zu sprechen sind, ist fast überall die Regel. Während einige – Venezuela, Ecuador, Bolivien – von »Medienterrorismus« sprechen, passen sich die Regierungen in Mexiko, Peru, Kolumbien etc. den Verhältnissen an und tolerieren oder kooptieren die Macht der Oligopole, die in nahezu allen Ländern die Medienlandschaft beherrschen. Zum offenen Konflikt kommt es, wenn die Mediengesetzgebung reformiert werden soll, wie dies in verschiedenen Ländern in letzter Zeit geschehen ist. Gerade unter linken Regierungen verschanzen sich die Medien dann hinter einem extremen marktwirtschaftlichen Liberalismus, der dem Motto folgt: »Das beste Gesetz ist kein Gesetz«. Dem entgegen stehen jedoch die hohe Konzentration der Medien in den Händen weniger, die geringe journalistische Qualität der Berichterstattung, die Nähe der Medienkonzerne zu konservativen Regierungen sowie die Tatsache, dass sie in offener politischer Opposition zu den demokratisch gewählten linken Regierungen stehen, um ihre eigenen unternehmerischen Interessen zu verteidigen.

Den Kern der Kritik an der Macht der kommerziellen Medien bildet deshalb das Argument, dass diese keinen Beitrag zur Demokratie und zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten. Deshalb ist es notwendig, der Medienkonzentration und der Verflechtung mit Banken und Industrieunternehmen entgegenzuwirken, Lizenzen und Konzessionen unterschiedlicher Medien zu trennen, unabhängige Medien zu fördern und die öffentlich-rechtlichen oder staatlichen Medien ausreichend zu finanzieren.

Imagepflege als Regierungspolitik

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erlebten viele Länder Lateinamerikas den Aufstieg von Politiker_innen, die nicht den traditionellen Parteien oder politischen Eliten angehörten. Aber auch dort, wo dies nicht der Fall war, spielten Persönlichkeit und Charisma von Kandidat_innen eine größere Rolle als Parteiprogramme oder politische Erfahrung. Diese »Personifizierung« führte zu einer von Parteiprogrammen und Institutionen immer stärker losgelösten Politik und zu einem Demokratie-modell, das sich in jeder Hinsicht um die Präsidentin (Michelle Bachelet, Cristina Kirchner) bzw. den Präsidenten (Luis Inácio Lula da Silva, Hugo Chávez, Rafael Correa etc.) dreht. In diesem Modell wendet sich der Präsident/die Präsidentin direkt an das Volk, um Unterstützung für seine/ihre Politik zu mobilisieren – vor allem dann, wenn er/sie keine parlamentarische Mehrheit besitzt. Das persönliche Rating auf der Beliebtheitskala wird somit zum entscheidenden Gradmesser für den politischen Erfolg und die Aussicht auf Wiederwahl. Dabei spielen die Massenmedien eine entscheidende Rolle: als Transmissionsriemen dieser direkten Kommunikation müssen sie ausdrücklich aufseiten der Regierung stehen, damit sich ihre Meinungsmacht auf den Präsidenten/die Präsidentin selbst überträgt. So überrascht es nicht, dass in Ländern, in denen die Medien eher aufseiten der Opposition stehen, zum Teil heftige Konflikte entstanden.

Grundsätzlich lassen sich zwei Ländergruppen unterscheiden; hinzu kommt der Sonderfall Kuba:

- a) Jene Länder, in denen es in den vergangenen Jahren zunächst zu Spannungen, dann zu offener Konfrontation und schließlich zur Intervention in den Medien seitens der Regierung gekommen ist: Argentinien, Uruguay, Venezuela, Ecuador, Bolivien, Paraguay, El Salvador, Nicaragua und Guatemala. Hier versuchen die Regierungen – mit oder ohne Gesetzesreformen – die Medien stärker zu kontrollieren und/oder die staatlichen Medien zu stärken.
- b) Jene Länder, in denen Spannungen zwischen Medienunternehmen und Regierungen in einem Prozess von Kooperation und Kooptation neutralisiert und die Unabhängigkeit (sowie die Meinungsmacht) der privaten Medien akzeptiert werden: Brasilien, Mexiko, Chile, Kolumbien, Peru, Costa Rica, Panama, die Domini-

kanische Republik u. a. In diesen Ländern spielen die staatlichen/öffentlichen Medien und die unabhängigen medios *comunitarios* nur eine geringe Rolle.

- c) Der Sonderfall Kuba, wo die staatlichen Medien allgegenwärtig sind und die Handlungsfreiheit unabhängiger Medien stark eingeschränkt ist.

Die »neue Linke« im Kampf um die Meinungsmacht

Der Aufstieg der »neuen Linken« an die Macht war in Ländern wie Venezuela, Ecuador, Bolivien oder Argentinien mit einer starken Polarisierung der Gesellschaften verbunden. Wer sich gegen die Regierung positionierte, setzte sich gleichzeitig dem Vorwurf aus, eine »imperialistische«, »neoliberale« und in jedem Fall »gegen das Volk« gerichtete Gesinnung zu vertreten. Wo die Präsidenten und Präsidentinnen über den Institutionen stehen, wird jede Kritik an der Regierungsführung leicht zu einem Angriff auf die Institutionen umgemünzt.

Den Anfang machte Hugo Chávez in Venezuela, der »im Namen des Volkes« und »zur Verteidigung der Würde der Republik« seit 2002 einen Feldzug gegen die kommerziellen Medien führt – Sprachrohre der »Oligarchen«, »Putschisten« und »Imperialisten«. Ohne Zweifel gerieten die großen Medienoligopole Venezuelas niemals in den Verdacht, mit dem Sozialismus des 21. Jahrhundert zu sympathisieren, die Einschränkungen der privaten kommerziellen Medien durch die Gesetzgebung (2004 und 2010), Enteignung (Fernsehsender RCTV 2007) und den massiven Ausbau staatlicher Medien (Telesur 2005) sowie die Verpflichtung aller Radio- und Fernsehsender zur Übertragung der langen Chávez-Reden in *cadena nacional* gehen jedoch deutlich über eine Korrektur der unverhältnismäßig großen Macht der Medienunternehmen hinaus.

Der ecuadorianische Präsident Rafael Correa, der die Printmedien schon einmal als »Auftragsmörder mit Tinte« und »korrupte Presse« titulierte, erreichte eine Entschädigung in Millionenhöhe, nachdem ihm in einem Leitartikel der Zeitung *El Universo* vorgeworfen worden war, dem Militär einen Schießbefehl gegen streikende Polizist_innen erteilt zu haben. Die seit drei Jahren laufende Debatte über ein neues Mediengesetz, die zahl-

reichen Gerichtsverfahren gegen einzelne Medien und der Verlust öffentlicher Anzeigen führen zu steigender Selbstzensur. Statt sich mit den wichtigen gesellschaftlichen und politischen Themen des Landes zu befassen, rücken die privaten Medien ihre eigenen Auseinandersetzungen mit der Regierung ins Zentrum der Berichterstattung. Auch in Ecuador konzentrieren sich die privaten Medien in den Händen der alten Eliten, sodass der Konflikt weit über die Frage von Presse- und Meinungsfreiheit hinausgeht.

In Argentinien herrscht ein offener Krieg zwischen der Regierung Christina Kirchners und der regierungskritischen Mediengruppe *Clarín* (Presse, Rundfunk und Fernsehen, Kabel-TV, Internet) um die Dominanz über die öffentliche Meinung und die Legitimation des jeweils eigenen politischen Diskurses. Zwar wurden mit dem Mediengesetz von 2009 die öffentlichen Medien durch die Neuzuteilung von Frequenzen gestärkt, aber die Umsetzung eines Kernbestandteils – die Entflechtung des privaten *Clarín*-Monopols – scheiterte bisher an den Gerichten. Nach Ansicht des *Foro de Periodismo Argentino* hat die Polarisierung der Debatte in zwei unversöhnliche, endogame Diskurse die Qualität des argentinischen Journalismus insgesamt verschlechtert.

In Bolivien erfolgt die Kontrolle der Medien nicht nur über das Mediengesetz¹, das den kommerziellen Medien die Nutzung von maximal einem Drittel der Rundfunkfrequenzen erlaubt, sondern auch über spezielle Vorschriften im Wahlgesetz (2011) oder dem Antidiskriminierungsgesetz (2011). Auf dieses berief sich Präsident Evo Morales, als er Ende 2012 drei Medienunternehmen wegen »Aufrufs zum Rassismus« verklagte, weil sie eine seiner Reden nicht korrekt wiedergegeben hätten.

Obwohl in allen genannten Ländern die Meinungs- und Pressefreiheit Verfassungsrang besitzt, dominiert der offizielle Diskurs der Regierungen die öffentliche Meinungsbildung. Zu den Mitteln gehören neben der ständigen Präsenz der politischen Führung auch die Einschüchterung durch Androhung von Strafverfahren, häufige Kontrollen, eng ausgelegte Verwaltungsentscheidungen oder Anzeigenentzug. Der argentinische Journalist Martin Caparrós beschreibt dies am Beispiel

1. Ley General de Telecomunicaciones, Tecnologías de Información y Comunicación, 2011.

Argentinien als »Kampf von Nagetieren, in dem die einen unter dem Banner der Demokratisierung der Information, die sie selber weder im Schlaf noch betrunken praktizieren [würden] zum Angriff blasen, während die anderen sich verteidigen, indem sie sich auf eine Pressefreiheit berufen, die sie in ihren Medien und mit ihrer Unternehmenspraxis immer nur abgewürgt haben«². Währenddessen wissen die Bürger_innen nicht, wo sie sich neutral informieren und auf welcher Grundlage sie ihre Meinung bilden können.

Mexiko: Ziemlich gute Freunde

In anderen Ländern wie Brasilien, Chile, Kolumbien, Peru, Costa Rica, Panama, der Dominikanischen Republik u. a., in denen die Regierungen weniger polarisierend wirken – auch weil sie den Medienunternehmen grundsätzlich politisch näherstehen als die populistischen Führer_innen der oben erwähnten Staaten –, sind die Medien integraler Bestandteil des politischen Modells.

Den offensichtlichsten Fall stellt Mexiko dar, wo 2012 eine Präsidentenwahl stattfand, deren Drehbuch und Regie von *Televisa* stammen, einem der drei Unternehmenskonglomerate, die Mexikos Medien fest im Griff haben und durch politische Allianzen sicherstellen, dass sich dies nicht ändert. Über sechs Jahre führte *Televisa* eine Kampagne, um den Kandidaten Peña Nieto, Gouverneur des Bundesstaates Mexiko, zum Helden aufzubauen. Im Wahlkampf gipfelte die Berichterstattung schließlich in so großer Einseitigkeit, dass sie zum Auslöser eines »kommunikativen Befreiungsschlages« wurde: Mit »Somos #132« (»Wir sind #132«) gründeten Studenten als Antwort auf die politische Macht der Medien erstmals eine digitale Alternative mit erheblichem Einfluss auf die öffentliche Diskussion.

Aber nicht nur die hohe Eigentumskonzentration der Medien und ihre Nähe zur politischen Elite beschränken die Informations- und Meinungsfreiheit in Mexiko. Ebenso hat die Gewalt der organisierten Kriminalität gegenüber Journalist_innen dazu geführt, dass sich nur Wenige trauen, über die Sicherheitslage im Land, die Korruption und die Verflechtungen von Drogenhandel

und Politik zu berichten. In diesem Klima der Angst kann ein unabhängiger und qualitativ guter, investigativer Journalismus nicht gedeihen.

Die Zukunft demokratischer Medien in Lateinamerika

Die rasante Entwicklung des Internets und der mobilen Kommunikation sowie das Wachstum der sozialen Netzwerke im digitalen Raum haben längst auch Lateinamerika erreicht. Die jugendlichen Protest-kulturen in Mexiko, Chile, Kolumbien etc. produzieren, kommunizieren und konsumieren die für sie wichtigen Ereignisse selbst und tragen sie zurück auf die Straße, wo sie politisch wirksam werden. Sie sind damit zu interaktiven Medienakteuren geworden, aber sie können die »klassischen« Medien nicht ersetzen, denn nur diese sind in der Lage, die gesamtgesellschaftlich bedeutsamen Themen herauszufiltern.

Auch der in einigen Ländern herrschende Kampf zwischen Regierungen und Medien kann eine umfassende und demokratisch legitimierte Medienreform nicht ersetzen. Ohne sie entsteht eine Situation, in der Regierungen und Präsident_innen die Rolle der Journalist_innen übernehmen und die Medien politischen Aktivismus betreiben – eine auf den Kopf gestellte Demokratie, in der nur das wichtig ist, was wir von den Regierenden sehen, nicht aber das, was wir selbst sehen oder denken.

Die Regierungen müssen alle möglichen Formen der Meinungsfreiheit fördern. Deshalb dürfen Inhalte nicht zensiert, kein Druck auf die Medien ausgeübt und keine Anzeigen grundlos entzogen werden. Wichtig ist allein die aktive Förderung der öffentlichen Meinungsbildung. Die kommerziellen Medien müssen sich ihrerseits neu erfinden, um die journalistische Qualität zu verbessern, den Zugang von Bürger_innen zu erweitern und ihr politisches Projekt sowie ihre Verbindungen zu Unternehmen, Regierungen und Politiker_innen transparent offenzulegen.

Vor allem liegt die Herausforderung einer modernen Mediengesetzgebung in Lateinamerika darin, die Bedingungen für eine demokratische Meinungsbildung und Praxis zu verbessern, einer ideologischen Kontrolle durch die Regierungen entgegenzuwirken und der Kooptation der Politik durch die Medien vorzubeugen.

2. <http://blogs.elpais.com/pamplinas/2012/11/1/a-madre-de-todas-las-batallitas.html>.



Über den Autor

Omar Rincón leitet das lateinamerikanische Medienprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Bogotá, Kolumbien.

Redaktion: Joachim Knopp

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dörte Wollrad, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-269-35-7484 | Fax: ++49-30-269-35-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen/Kontakt:
info-lak@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-495-2